

Video-Meetings auf dem Rückzug – Mehrdienst und Warteschlangen auf dem Vormarsch

Schon letztes Jahr um diese Zeit glaubten wir, die Pandemie überwunden zu haben. DER Irrtum des Sommers 2020. Der Sommer 2021 scheint ein gleiches Versprechen abzugeben. Nur ist es nicht ganz so ein leeres wie vor zwölf Monaten. Denn diesmal haben wir eine stetig zunehmende Impfquote und Miniinzidenzen. Kein Grund zur völligen Sorglosigkeit, aber das Leben kehrt zurück. Die Videokonferenzen werden nicht aussterben, aber sehr viel weniger werden. Die Schlangen in den Ordnungsbehörden und der Überstundenberg in der Polizei mit Sicherheit nicht. Ohne schon.

Lüder Fasche

Die Corona-Krise hat etliche von uns mit einem Phänomen in Berührung gebracht, das viele bis dahin nicht kannten: die Videokonferenz.

Weniger technikaffine Beschäftigte erhielten einen Crashkurs ihres Lieblingskollegen oder -kollegin in Sachen „Remote-Work-Tools“ – wenn überhaupt. Bei Videokonferenzen heißt es häufig recht lapidar: Hier ist der Link, bitte teilnehmen.

Wer von Mitarbeitern verlangt, an Videokonferenzen teilzunehmen, sollte vielleicht lieber einen allgemein verständlichen Leitfaden bereitstellen und einen Ansprechpartner bestimmen, der bei Fragen schnell helfen kann. In der Corona-Krise dürfen die Mitarbeitenden nicht zu ihren eigenen Administratoren werden. Wir müssen aber zugeben, da auch als GdP nicht viel besser gewesen zu sein.

„Bei größeren Online-Meetings sind die Teilnehmenden häufig stumm geschaltet. Gastgebende müssen ihre Wortmeldung freigeben. Das funktioniert nicht immer. Vielleicht hat der Host (nicht zu verwechseln mit Horst Göbel) den virtuell erhobenen Zeigefinger übersehen, vielleicht will er kritische Nachfragen vermeiden. Das untergräbt aber den Sinn einer Livekonferenz, die auf Austausch setzen sollte. Natürlich sollten nicht alle Teilnehmenden durcheinanderreden und der Zeitrahmen eingehalten werden. Gerade bei Videokonferenzen aus dem erzwungenen Homeoffice aber ist es wichtig, dass auch Teilnehmende zu Wort kommen,

die sich nicht selbst darstellen wollen oder mit dem Medium fremdeln. Man kann das auch mit Humor nehmen, wie unser Bingo für Video-Meetings (S. 2) zeigt. Aber diese Probleme sind real und nicht immer lustig.

Genau in diese Schwierigkeiten stößt der Senator für Finanzen mit seinem Entwurf zur Änderung des Bremischen Personalvertretungsrechtes. Dort sollen Bestimmungen zu Telefon- und Videokonferenzen dauerhaft implementiert werden.

In anderen Bundesländern hingegen wurden lediglich befristete Anpassungen der Personalvertretungsgesetze aus Gründen der Pandemie vorgenommen.

Die Gesamtpersonalräte (GPR) in Bremen und Bremerhaven stehen einer generellen Einführung von Video- und Telefonkonferenzen für Personalratssitzungen sehr kritisch gegenüber, auch wenn ihre Ermöglichung zum Zweck des Gesundheitsschutzes in Zeiten von COVID-19 sinnvoll sein kann.

Darum lehnt der GPR Videokonferenzen im Personalvertretungsrecht ab:

„Ein entscheidendes Argument gegen die angedachte Video- bzw. Telefonkonferenzlösung liegt in dem Zweck von Personalratssitzungen begründet. Diese finden statt, um wichtige Angelegenheiten der Beschäftigten der Dienststelle zu diskutieren, welche nur in einer Präsenzsitzung gleichberechtigt, tiefgehend und allumfassend erörtert werden können. Video- und Telefonkonferenzen sind aus unterschiedlichen Gründen nicht geeignet für eine demokratische Meinungs- und Willensbildung im Personalrat. Zudem ist auf die Dauer zu befürchten, dass Druck auf die Personalräte ausgeübt wird, aus Kostengründen auf Präsenzsitzungen zu verzichten. Sitzungen des Personalrats haben gem. § 32 BremPersVG nicht öffentlich zu erfolgen. Das bedeutet, dass die innerhalb eines geschlossenen Teilnehmer:innenkreises zu erfolgende Beratung vertraulich zu behandeln ist. Das kann aus Sicht der GPR nur in Präsenzsitzungen gewährleistet werden. Bei der Durchführung von Personalratssitzungen mittels Videokonferenz besteht die Gefahr, dass Gespräche nicht hinreichend geschützt werden können. Außerdem kann nicht verhindert werden, dass sich neben dem jeweiligen Personalratsmitglied weitere, sprich unbefugte Personen im virtuellen „Sitzungsraum“ aufhalten. Hinzu kommen gravierendere Probleme hinsichtlich der Stabilität der öffentlichen und internen Leitungen, die die Rechtssicherheit des Personalratshandelns und damit die notwendige Vertretung der Interessen der Beschäftigten gefährden. Allein dem Gremium die Sicherstellung ordentlicher Personalratssitzungen zu übertragen, lehnen wir ab.“



BINGO für Video-Meetings

Bitte nur einer zurzeit reden	Sonst wähl dich über Telefon ein	Irgendjemand hat sein Micro an	Ich war kurz raus
Könnt ihr mich alle hören?	Geiler Hintergrund!	Wer telefoniert da gerade?	Mikro an!!!!!!!!!!!!
Oh, was für ein süßer Hund	Kannst du etwas lauter sprechen?	Ich hatte mich auch gemeldet	Wo finde ich den Chat?
Vielleicht starten wir nochmal neu?	Wir hatten sonst immer eine andere Software	Irgendwie funktioniert das bei mir nicht	Haaaaaaaaaaaaallo?
Ich kann keine Gegenstimme erkennen	Man versteht dich sehr schlecht	Bitte mal alle ihre Kamera ausmachen	Sonst mach mal deine Kamera aus
Wir können dein Gespräch mithören!	Wir haben hier eine Rückkoppelung	Ich hatte mich schon längst gemeldet	Ist dein Handzeichen neu oder alt?

Videokonferenzen behindern die notwendige demokratische Meinungs- und Willensbildung

Für die Beschlussfassung des Gremiums ist eine vorgelagerte Diskussion und Meinungsbildung im Kreis der Mitglieder des Personalrats erforderlich. Bei der virtuellen Teilnahme an einer Sitzung fehlen wichtige Elemente des persönlichen Austausches. So wird über eine Videokonferenz nicht die Vielfalt menschlicher Kommunikation abgebildet. Körpersprache, Mimik, Gestik sind nur durch persönliche Nähe sinnlich wahrnehmbar – und für die Meinungsbildung des Einzelnen sowie des Gremiums unerlässlich. In der Videokonferenz sind Bewegungen verzögert, Mimik und Gestik können falsch interpretiert werden. Nicht selten können Redebeiträge wegen einer schlechten Internetverbindung nicht gehalten werden oder abgehackte Redebeiträge machen die Videokonferenz zur Herausforderung. Damit wird die demokratische Meinungs- und Willensbildung erheblich behindert.

Anders als während einer Präsenzsitzung sind bei einer übermittelten oder virtuellen Teilnahme der Gremienmitglieder auch keine Nachbar- bzw. Flüstergespräche zwecks inhaltlicher Abstimmung möglich. Sie bilden in Sitzungen aber wichtige Elemente der Meinungsbildung. Zudem fällt es bei Video- oder Telefonkonferenzen schwer, bestimmte Signale richtig zu deuten und einen natürlichen Gesprächsverlauf zu erzielen. Während Kommunikation im „echten Leben“ quasi von allein abläuft, Teilnehmer:innen spüren, wann ein guter Zeitpunkt für eine Wortmeldung ist, fällt das via Internet oder Telefon schwerer. Studien weisen zudem darauf hin, dass es für Teilnehmer:innen von Videokonferenzen anstrengender ist als in einem persönlichen Gespräch, Informationen einzuordnen und auf deren Basis Entscheidungen zu treffen. Auftreten und Habitus von Sprecher:innen rücken noch stärker in den Vordergrund, der Austausch von Argumenten in den Hintergrund.

Durch Videokonferenzen verändert sich auch der Verantwortungsbereich von Vorsitzenden. Ohne Entlastung durch geeignete technische Hilfsmittel werden ihre Ressourcen von der technischen Abwicklung und dem prozessbezogenen Verantwortungszuwachs blockiert und ihrer eigentlichen Verantwortung für die inhaltlichen und sozialen Prozesse entzogen.

Sogar in Pandemiezeiten hatten einige Personalräte aus Kostengründen Probleme, im Sinne des Arbeitsschutzes geeignet große Räume anzumieten. Die Möglichkeit von Videokonferenzen würde ein weiteres Druckmittel für Arbeitgeber schaffen, die Arbeit von Personalräten zu erschweren. Präsenzsitzungen sind für die Umsetzung des Auftrags des Personalrats derart essenziell, dass die gesetzliche Regelung über eine Präsenzsitzung erhalten bleiben muss.

In der hier in Auszügen abgebildeten ablehnenden Stellungnahme des Bremer GPR wird auch deutlich, warum.

Videokonferenzen werden dennoch irgendwo Teil unseres Lebens bleiben. Und es gibt auch sicherlich jenseits des Personalvertretungsrechtes und anderer demokratischer Prozesse gute Einsatzmöglichkeiten für sie.

Mit den schnell sinkenden Inzidenzen sind sie aber dennoch erst mal auf dem Rückzug. Sie spielen und spielten in den vergangenen Monaten übrigens keinerlei Rolle dort, wo es um echte Polizeiarbeit geht. Gerade an der Basis im „110-Prozess“ und beim direkten Dienst am Bürger. HiloPe zum Beispiel sind recht analog. Der gemeine Straftäter, vom Mörder bis zum Ladendieb, entzieht sich frecherweise auch noch der coronabedingt gesellschaftlich beschleunigten Digitalisierungswelle. Da diese Welle aber die Polizeien und Ordnungsbehörden recht langsam erreicht, ist es vielleicht auch ganz gut, dass man im Einsatzgeschehen mit Videokonferenzen nicht weiterkommt. Gleichwohl könnte die eine oder andere App auf einem dienstlichen Smartphone schon helfen. Wir stehen schon seit längerer Zeit kurz davor, dass nun bald so was alles möglich ist ...

Doch ein von sinkenden Inzidenzen geprägter Sommer bringt noch andere Schwierigkeiten für unsere Beschäftigten. „Wir arbeiten uns von einer Belastungsspitze zur nächsten“ berichtet denn auch Christina Biese von der FG Bereitschaftspolizei.

Wo gestern noch Corona-Streifen und Querdenker-Demos, Gegenveranstaltungen, Ausgangssperre und Lockerungen den Überstundenberg anwachsen ließen, sind es nun Menschensammlungen von Feierwütigen, zunehmende Tumultlagen und als Folge des Werder-Abstiegs bald auch wieder eine ganze Reihe von Rot-Spielen in der 2. Bundesliga. Denn diese bringt uns nicht nur das personalintensive Nordderby zurück, sondern auch Hochrisikospiele gegen Schalke, Rostock, Dresden und Hannover usw.

Den Kolleg:innen bleibt keine Zeit zum Durchatmen. Sie mussten vor und während der Krise schon voll funktionieren und nun auch an deren möglichem lokalen Ende. Und gar nicht so viel anders ist das in den drei von der GdP vertretenen Ordnungsbehörden.

Nehmen wir zum Beispiel das Bürgeramt. Dort lief der Betrieb während Corona grundsätzlich weiter, obgleich die Umsetzung von Schutzmaßnahmen zunächst Probleme be-



reitete. Selbst im harten Lockdown waren die Beschäftigten in den Ämtern für die Bürger:innen da. Sogar Anliegen aus den umliegenden Gemeinden wurden in Bremen bearbeitet, da die Gemeinden während des Lockdowns komplett geschlossen waren (z. B. Kfz-Abmeldungen, Beglaubigungen). Dabei mussten auch Behördenmitarbeitende irgendwie mit Schul- und Kitaschließungen sowie Quarantänemaßnahmen klarkommen.

Homeoffice war überall dort, wo es galt, den direkten Service mit Bremer:innen aufrechtzuerhalten, nicht möglich. Verringerte Terminangebote waren die logische Folge. Erst recht, als der Lockdown immer wieder aufs Neue verlängert wurde. Einige Serviceleistungen, bei denen das möglich war, konnten nur noch schriftlich angeboten werden. Als unlängst die Impfpriorisierung aufgehoben wurde, waren die meisten Beschäftigten dennoch nicht durchgeimpft, obgleich sie all die Zeit ständig Bürgerkontakt hatten und damit einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt waren.

Vor diesem Hintergrund schmerzt es dann schon sehr, im Weser-Kurier vom 4. Juni massive Kritik am Bürgeramt lesen zu müssen, da dort derzeit keine kurzfristigen Passverlängerungen erfolgen können. Im Kommentar des Weser-Kurier hieß es gar dazu: „Wenn

Drohender Zwang zu Videokonferenzen aus Kostengründen und entgegen Rechtssicherheit

Es droht, dass Personalvertretungen über kurz oder lang aus Kostengründen dazu gedrängt werden, Videokonferenzen anstatt Präsenzsitzungen durchzuführen. Ähnliche Erfahrungen gibt es bereits in der Privatwirtschaft. Es steht zu befürchten, dass der Maßstab bei der Beurteilung der Einhaltung des Gebots der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel sowie des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zunehmend zuungunsten der Präsenzsitzungen verschoben und aus der Option durch die Hintertür eine grundsätzliche Verpflichtung wird. Sogar in Pandemiezeiten hatten einige Personalräte aus Kostengründen Probleme, im Sinne des Arbeitsschutzes geeignete große Räume anzumieten. Die Möglichkeit von Videokonferenzen würde ein weiteres Druckmittel für Arbeitgeber schaffen, die Arbeit von Personalräten zu erschweren. Präsenzsitzungen sind für die Umsetzung des Auftrags des Personalrats derart essenziell, dass die gesetzliche Regelung über eine Präsenzsitzung erhalten bleiben muss. Nicht zuletzt besteht insbesondere bei Telefonkonferenzen die Gefahr von Personalratssitzungen und Beschlussfassungen ohne jede visuelle Erfassbarkeit des Raumes und der anderen Sitzungsteilnehmer:innen. Die Möglichkeit der geheimen Abstimmung als wesentliches Element der Gremienarbeit würde so unterlaufen, da sie durch diese Formate nicht durchführbar ist. Generell ist die Frage von Anwesenheitsfeststellung und Abstimmungen auf Zuruf ohne verpflichtende Hilfsmittel problematisch. Viele Dienststellen sind weit davon entfernt, eine ausreichende technische Ausstattung für alle Personalratsmitglieder und -nachrückende sowie entsprechende Räume bereitzustellen.

dagegen ein Bürgeramt nicht für die Bürger da ist, hat es seinen Namen nicht verdient.“

Vielleicht hätte der Kommentator lieber die Gunst der Stunde nutzen sollen, um sich bei den Mitarbeitenden zu bedanken. Und

ein Bürgeramt braucht übrigens auch verantwortungsvolle Bürger und Bürgerinnen. Siehe hierzu auch den „Gegenkommentar“ unseres Vorsitzenden der FG Verwaltungspolizei, Axel Lohmann. ■

GEGENKOMMENTAR ZUM WESER-KURIER-ARTIKEL VOM 4. JUNI 2021

Warten auf den neuen Pass

Ein Bürgeramt, welches seinen Namen nicht verdient?

Axel Lohmann, Vorsitzender GdP-Fachgruppe Verwaltungspolizei

Der am 4. Juni 2021 erschienene Artikel im Weser-Kurier spiegelte die tatsächlichen Begebenheiten im Bürgeramt wider. Jedoch haben unsere Kolleg:innen mit großer Verärgerung den dazugehörigen Kommentar zum Artikel aufgenommen.

Ein Bürgeramt, welches seinen Namen nicht verdient? Und das nur vor dem Hintergrund, dass Termine für Ausweisdokumente erst wieder in zwei Monaten zur Verfügung stehen? Klar, nach mehr als einem Jahr Corona kann man verstehen, dass die Bürger wieder in den Urlaub möchten. Aber um was geht es hier eigentlich? Um die stets immer wiederkehrende Versäumnisse sei-

tens der Bürger:innen. Ein Phänomen, was jedes Jahr vor den Ferien auftritt. Urlaub gebucht, dann erst Ausweisdokumente gecheckt. Nur dieses Jahr kann man nicht mit den Vorjahren vergleichen. Zunächst ist hier in Vergessenheit geraten, dass wir vor ein paar Wochen noch eine Inzidenzzahl von über 170 hatten und es weitreichende Kontaktbeschränkungen gab. Es ist natürlich super, dass die Zahlen sich mittlerweile so weit normalisiert haben, aber die erste Jahreshälfte ist bereits um. Und jetzt hat das „böse Bürgeramt“ erst Termine wieder frei zum Ferienende? Die BürgerService-Center bemühen sich immer wieder, kurz-

fristige Termine für die Bürger einzurichten, um diese mit gültigen Ausweisdokumenten auszustatten. Aber diese Termine sind auch begrenzt und werden eventuell nicht mehr für jeden Bürger reichen.

Auch wurden, obwohl man die Bürger anschreibt, entweder keine Termine gebucht oder wenn gebucht, dann nicht wahrgenommen. Terminabsagen? Wenig bis kaum. Somit wurden anderen Bürgern die Chancen genommen, kurzfristig Termine zu bekommen.

Sehr schlaun ist es von der Presse immer wieder, Bremen mit Umlandgemeinden zu vergleichen. Sorry lieber Weser-Kurier, man kann hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Dafür sind die Antragszahlen zu unterschiedlich.

Thema Impfpriorisierung

Für die Politik war es in keiner Weise wichtig, die Kolleg:innen rechtzeitig zu



impfen. Richtig sauer ist vielen die Impfaktion im Stadtteil Gröpelingen aufgefallen. Schön, dass man die nicht arbeitende Bevölkerung vor den Kolleg:innen impft, die in Corona-Zeiten für die Bürger täglich da waren und selbst mit Corona zu kämpfen hatten. Eins sollte klar sein, solange die Kolleg:innen nicht vollständig durch Impfungen geschützt sind, denn bis

heute sind noch nicht alle geimpft bzw. erstgeimpft worden, kann es auch keine erweiterte Terminfreigabe im Bürgeramt geben.

Seit mehr als einem Jahr werden im Bürgeramt in allen Abteilungen, zwar eingeschränkt, Kunden vor Ort bearbeitet. Auch bei Corona-Ausbrüchen konnte der Dienstbetrieb immer aufrechterhalten werden.

Und was war bei den vielgepriesenen Umlandgemeinden in der Zeit los? Die Mehrzahl war einfach mal geschlossen! Unsere Mitarbeiter:innen mussten u. a. diese Situationen zusätzlich mit auffangen und sich damit auseinandersetzen.

Lieber Weser-Kurier, eins sollte wohl klar sein, das Bürgeramt hat in jeder Hinsicht seinen Namen mehr als verdient! ■

Verabschiedung und Amtseinführung des Polizeipräsidenten

Nils Winter



Personalratssitzung am 12. Mai 2021

Während der Personalratssitzung am 12. Mai 2021 erschienen der PP Lutz Müller und der PVP Dirk Fasse gegen 11 Uhr in der Aula der Bereitschaftspolizei, um sich als Polizeipräsident und Polizeivizepräsident zu verabschieden. Beide wird es nicht mehr zusammen geben. Mit Lutz Müller und Dirk Fasse hatten wir einen Polizeipräsidenten und einen Polizeivizepräsidenten an der Behördenspitze, welche von den Kolleginnen und Kollegen geschätzt worden sind. Wir sind gespannt, wie das „Team“ in der Zukunft aussehen wird.

Der Personalrat hat die Zusammenarbeit stets als angenehm und konstruktiv empfunden und man hat immer versucht, gemeinsam Lösungen zu suchen. Die Gespräche fanden immer auf Augenhöhe statt und waren geprägt von gegenseitigem Respekt und Kollegialität.

Wir wünschen Herrn Lutz Müller alles Gute und vor allem eine von Gesundheit geprägte Zukunft. Wir werden Sie als Polizeipräsidenten in guter Erinnerung behalten.

Außerdem sind Sie nicht ganz weg! Wir wollen mit Ihnen als Abteilungsleiter 3 in der Innenbehörde noch gemeinsam Themen

in der Polizei Bremen bewegen. Zur nächsten Personalversammlung, die hoffentlich im Herbst dieses Jahres wieder stattfinden kann, sind Sie dabei. Hiermit laden wir Sie herzlich ein.

Dem Polizeivizepräsidenten Herrn Dirk Fasse gratulieren wir herzlich zur Ernennung als Polizeipräsident. Wir freuen uns weiterhin auf gute und konstruktive Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Der Personalrat hat keine Bedenken, dass Sie weiter die Belange der Kolleginnen und Kollegen im Blick haben werden. Wir wünschen Ihnen, Herr Polizeipräsident Fasse, alles Gute.

Bei der offiziellen Verabschiedung und Amtseinführung des Polizeipräsidenten richtete der Personalratsvorsitzende Nils Winter, neben persönlichen Worten an Herrn Müller und Herrn Fasse, noch einige Worte an die Politik:

„Der Personalrat erwartet, dass die Position des Polizeivizepräsidenten zeitnah wieder besetzt wird. Die Polizei braucht einen Polizeipräsidenten und eine/einen Polizeivizepräsidentin/Polizeivizepräsidenten. Jede nicht besetzte Stelle, egal wo in der Polizei Bremen, ist eine freie Stelle zu

viel. Die Belastungen sind unter anderem durch die Pandemie und das neue Polizeigesetz weiter gestiegen. Alle Kolleginnen und Kollegen in der Polizei Bremen geben 100 % Einsatz. Dafür erwarten wir auch 100 % von der Politik.“ ■



Gratulationen zur Verabschiedung und Amtseinführung durch Nils Winter



Personalratsneuwahlen Bürger- und Ordnungsamt und Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Benjamin Kieck



Der neu gewählte Personalrat in Bremerhaven

Am 9. Juni 2021 fanden die Neuwahlen für den Personalrat des Bürger- und Ordnungsamtes und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven statt. Grund für die Neuwahl war die Mandatsniederlegung der gesamten GdP-Fraktion Anfang des Jahres.

Wir erklärten unseren Schritt in vielen Mitteilungen, Gesprächen und Videokonferenzen. Auch im Rahmen der Wahlwerbung versuchten unsere Kandidat:innen unsere Wähler:innen von der Notwendigkeit unserer Entscheidung zu überzeugen.

Das Ergebnis ist leider ernüchternd. Es wurde je ein Platz bei beiden Grup-

pen verloren, somit wird die GdP nun im Gremium von Brigitte Weinhold (Tarifbeschäftigte), Benjamin Kieck (Beamte) und Sven Ahlers (Beamte) vertreten.

Die Freie Liste ist mit fünf Plätzen (vier Beamte und ein Tarifbeschäftigter), die DPolG mit zwei Plätzen (je eine Vertretung je Gruppe) und der BDK mit einem Beamten vertreten.

Mit einer tollen Wahlbeteiligung von 72 % bei den Tarifbeschäftigten und 73 % bei den Beamten kann diese Wahl insgesamt betrachtet durchaus als Erfolg gewertet werden.

Negativ fällt auf, dass das Bürger- und Ordnungsamt nun im originären Gremi-

um nicht mehr vertreten ist. Die Auswirkungen bleiben abzuwarten.

Am 14. Juni 2021 fand die konstituierende Sitzung statt. Dabei wurde Dieter Wall (Freie Liste) als Vorsitzender und der Kollege Björn Wagner (DPolG) als sein Stellvertreter gewählt. Der Kollege Jens Schmidt (Freie Liste) wurde wieder als Tarifsprecher und der Kollege Pedro Marcelino (Freie Liste – erstmalig im Gremium) als Sprecher der Beamten gewählt.

Wir werden in diesem Gremium unser Mandat wahrnehmen und unser Wissen und unsere Auffassungen einbringen, um alle Beschäftigten in ihrem Sinne so gut es geht zu vertreten. ■

Bitte Termin vormerken Heinfried Keithahn

Am 23. September findet die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Senioren (Landessenorenkonferenz) im Hotel Robben „Grollander Krug“ in Bremen statt. Seit der letzten Landessenorenkonferenz sind fast vier Jahre vergangen. Dabei waren die letzten Monate von der Bekämpfung der Corona-Pandemie erforderlichen Einschränkungen geprägt. Doch jetzt gehen wir davon aus, dass die aktuelle Entwicklung eine Mitgliederversammlung der Seniorinnen und Senioren der GdP Bremen zulässt. Eine Einladung und die Tagesordnung werden wir rechtzeitig hier veröffentlichen. Ihr könnt euch aber bereits jetzt in der Geschäftsstelle anmelden. Auch Anregungen und Hinweise für die Arbeit der Seniorengruppe nehmen wir gerne an. Ruft uns an unter (0421) 9495850 oder schreibt uns eine Mail an seniorengruppe@gdp-hb.de. **Der Fachgruppenvorstand**



Foto: GdP Bremen

Verwendungszulage/ Aktueller Sachstand

Widerspruch einlegen oder nicht?

Heinfried Keithahn

Gemäß § 46 Abs. 1 Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung von 2006 war einem Beamten, dem die Aufgaben eines höherwertigen Amtes vorübergehend vertretungsweise übertragen werden, nach 18 Monaten der ununterbrochenen Wahrnehmung dieser Aufgaben eine Zulage zu zahlen, wenn in diesem Zeitpunkt die haushaltsrechtlichen und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für die Übertragung dieses Amtes vorliegen. Was so einfach klingt, musste in diversen Gerichtsverfahren, oftmals sogar vor dem Bundesverwaltungsgericht, genauer definiert werden. Und wenn auch die Gesetzeslage geändert und damit ein weiterer Anspruch auf diese Zulage in Bremen inzwischen abgeschafft wurde, so sind für die Vergangenheit immer noch nicht alle Fragen geklärt.

Dennoch versendet nach der Ortspolizeibehörde Bremerhaven auch die Polizei Bremen die ersten Bescheide zur Zahlung einer Verwendungszulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes.

Sollte man nun Widerspruch einlegen?

Zumindest sollte man den Bescheid prüfen. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die rechtlichen Erläuterungen im Bescheid nicht zu beanstanden sind.

Aber bei der Umsetzung kann es natürlich zu Fehlern gekommen sein. Da geht es zunächst darum, ob die aus der Anlage ersichtlichen persönlichen Daten kor-

rekt sind. Diese Prüfung muss jeder für sich vornehmen, denn wir können zum Beispiel den Zeitpunkt von Stellenzuweisungen und Beförderungen nicht kontrollieren. Falls hier Fehler vorliegen, kommt natürlich ein individueller Widerspruch in Betracht.

Darüber hinaus wurden neben der von uns geführten Musterklage individuell Klagen auf Zahlung der Verwendungszulage geführt. Dies führt dazu, dass noch Verfahren beim Oberverwaltungsgericht Bremen anhängig und nicht entschieden sind. Die Ergebnisse können aber Einfluss auf die Höhe des individuellen Anspruchs haben. Wir empfehlen zur Wahrung der Fristen zunächst einmal Widerspruch einzulegen. Ein Vordruck kann unter verwendungszulage@gdp-hb.de heruntergeladen werden. Falls im weiteren Verfahren eine Begründung gefordert wird, werden wir ein entsprechendes Muster zur Verfügung stellen.

Wir werden hier immer wieder den Sachstand aktualisieren. Falls ihr darüber hinaus Fragen zum Thema Verwendungszulage habt, dann nutzt dafür bitte die o. g. E-Mail-Adresse. ■

SUMMERSPECIAL

Siggie Holschen, Landesfrauengruppe

Juchhu, endlich können wir uns wieder draußen treffen. Okay, die Abstands- und Hygieneregeln müssen eingehalten werden. Das nehmen wir aber gerne in Kauf. Und



Frauengruppe

deshalb gibt es in diesem Jahr wieder unser Summerspecial für euch liebe Kolleginnen. Natürlich seid ihr die Wichtigsten an diesem Tag, deshalb haben wir für euch einen ganz besonderen Gast, wie es auch in den vergangenen Jahren üblich war, eingeladen. Wer es dieses Mal ist, wird nicht verraten. Lasst euch überraschen! Alles ist streng geheim. Diejenigen, die bereits in den vergangenen Jahren dabei waren, wissen, dass sich dieser besondere Nachmittag in jeder Hinsicht lohnt. Nicht nur der geheimnisvolle Gast sondern das ganze DRUMHERUM wie essen, palavern etc. lassen

diesen Nachmittag zu einem Highlight werden. Anmelden könnt ihr euch ab sofort bei:

Susanne.Wiedemann@polizei.bremen.de
Ronda.Jütting@polizei.bremen.de
N.Füllmich-Penshorn@polizei.bremerhaven.de
Gabriele.Kudlik@polizei.bremen.de
Tatjana.Bremer@magistrat.bremerhaven.de
B.Weinhold@polizei.bremerhaven.de
holdiesiggi@web.de

Wir freuen uns jedenfalls, mit euch am 17. August 2021, ab 15:30 Uhr, im Heidhofweg 5, 27711 Osterholz-Scharmbeck/Heilshorn einen tollen Nachmittag zu verbringen. ■



GdP, GEW und ver.di am Verhandlungstisch

Lüder Fasche



Foto: GdP Bremen

Oliver Thies am Rande der letzten Tarifverhandlungen mit dem damaligen ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Für Verwunderung im Ordnungsamt und im DGB hat ein Mitte Juni versandtes Schreiben der sogenannten „ver.di-Betriebsgruppe Ordnungsamt“ gesorgt.

Darin wird unter anderem behauptet, nur ver.di säße bei den nahenden Tarifverhandlungen am Verhandlungstisch und das Ordnungsamt sei in der Vergangenheit dort nicht gut vertreten gewesen.

Diese Behauptungen sind komplett wahrheitswidrig! Inwieweit sie Inkompetenz widerspiegeln oder einen Versuch, die GdP-Mitglieder im Ordnungsamt zu verunsichern, ist unerheblich. In jedem Fall haben alle Mitarbeitenden das Anrecht auf vernünftige Informationen und wir verlangen hier eine Klarstellung seitens ver.di.

Es ist immerhin richtig, dass in diesem Jahr Tarifverhandlungen für den TV-L, also auch für unsere Kolleg:innen in Bremen, stattfinden.

Nicht richtig ist es, dass nur ver.di am Verhandlungstisch sitzt und dass das Ordnungsamt in der Vergangenheit nicht gut vertreten war!

Die GdP mit unserem stellvertretenden Landesvorsitzenden Oliver Thies sowie für Bremerhaven Brigitte Weinhold sitzt mit GEW und anderen in Potsdam am Verhandlungstisch!

Die GdP ist mit diesen beiden in ihrer Bundestarifkommission immer bei den Tarifverhandlungen für den TV-L und den TvÖD vor Ort dabei. Und natürlich vertreten sie dabei auch die Interessen des Ordnungsamtes.

Die Bundestarifkommission der GdP ist ein ständiges Gremium, welches sich regelmäßig und nicht nur zu Tarifverhandlungen trifft, um tarifpolitische Fragen zu besprechen.

Unter der Leitung von Oliver Thies ist der GdP-Landesfachausschuss Tarif und Soziales gerade dabei, die Forderungen für unseren Landesbezirk zu erarbeiten. Dazu fand zuletzt am 8. Juni 2021 eine Videokonferenz mit Teilnehmern aus ALLEN Bereichen statt, die durch uns vertreten werden. Gerne nimmt Oliver Thies eure Fragen und Antworten dazu entgegen. ■



Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe 2021, Landesjournal Bremen, ist der 4. Juli 2021.

Artikel bitte mailen an:
klossi@onlinehome.de

DP – Deutsche Polizei
Bremen

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen



Fotos: GdP Bremen (2)

GdP Sommerparty
Waldbühne im Bremer Bürgerpark

Freitag
13.08.2021

Getränkepauschale und Grillbuffet

29 Euro für Mitglieder
All In

Alles im Grünen Bereich!

Special Guest: Return-Band

Karten vorbestellen
Bremen@gdp.de
0421/ 94 95 85 - 0

Exklusiv für GdP Mitglieder:

Gutschein
über einen Schnupperkurs
im Bremer Golfclub Lesmona

www.bremer-golfclub-lesmona.de



**Bremer Golfclub
LESMONA**
Bei uns ist Golf Volkssport

- verschiedene kostenlose Termine Samstagvormittag
- unverbindliche Anmeldung bei der GdP Bremen unter bremen@gdp.de